

## Einleitung

*Rüdiger vom Bruch*

Dieser Band mustert das wissenschaftliche Profil der Berliner Universität während der NS-Zeit. Die 1810 nach der Konzeption Wilhelm von Humboldts gegründete, 1828 nach dem königlichen Stifter benannte Friedrich-Wilhelms-Universität galt während des Kaiserreichs, weitgehend auch noch während der Weimarer Republik, nach nationaler und internationaler Wahrnehmung als Flaggschiff der deutschen Universitäten, zugleich als Triumph der modernen deutschen Forschungsuniversität, wie sie sich als Typus weltweit durchsetzte. Von Beginn an prägte ein spezifisches Spannungsverhältnis diese im Zentrum der Hauptstadt, am Forum Fridericianum gelegene Universität. Humboldt hatte als Motto *Einsamkeit und Freiheit* bestimmt, gelehrtes wissenschaftliches Forschen und Lehren ohne äußeren Zwang und unabhängig von irgendwelchen Nützlichkeitsabwägungen also, um so allein der Erkenntnis und Wahrheit zu dienen. Gleichzeitig aber prägte die Lage in unmittelbarer Nähe zu Schloss und Ministerien; auch war die Universität von Beginn an als nationales Projekt der deutschen Kulturturnung projektiert, von Humboldt ebenso wie von seinem Berater Schleiermacher und von dem vormals weltbürgerlichen, nach 1800 nationalistischen Philosophen Fichte. Als 1871 die nationale Einheit gewonnen war, verstand sich ein Großteil der Berliner wissenschaftlichen Exzellenz in nationaler Dienstverpflichtung, und der Staat lohnte solche Haltung mit dem Titel *Exzellenz*. Um 1900 befand sich diese Universität auf ihrem Zenit, eingebettet in eine reiche Wissenschaftslandschaft mit spezialisierten Hochschulen und bedeutenden universitären wie außeruniversitären Forschungsinstituten. Das war auch im Bewusstsein der Berliner Professoren die eigentliche Glanzzeit, und so identifizierten sie sich nicht nur mit ihrer alma mater, sondern auch mit der politischen Kultur der konstitutionellen Monarchie, mit der für diese typischen Geringschätzung von Parteien und einer Verklärung von Wissenschaft und Bürokratie als überparteilich-gerecht ausgleichende Instanzen im öffentlichen Leben.

Vor diesem Hintergrund mussten viele Berliner Professoren den Zusammenbruch der Monarchie nach dem verlorenen Weltkrieg, die Revolution und die Parteien-Demokratie von Weimar in mehrfacher Hinsicht als katastrophale Bedrohung empfinden. Das unterschied die Berliner Professoren im Prinzip nicht von ihren Kollegen anderswo in Deutschland. Doch die Fallhöhe wurde in Berlin stärker registriert in Anbetracht der zuvor genossenen Privilegien. So lässt sich durchaus von einem besonderen *Berliner Geist* sprechen, wie der Pädagoge, Philosoph und Bildungshistoriker Eduard Spranger, dessen akademische Karriere noch im Kaiserreich in Berlin begann, 1966 in hohem Alter eine Sammlung von Aufsätzen betitelte – und das war durchaus kritisch gemeint. Denn bei aller Bewunderung für die Idee gerade dieser Berliner Universität übersah Spranger nicht jene willfährige nationale Dienstverpflichtung im Kaiserreich, eine trotzig-überhebliche Aversion gegen die Weimarer Republik, eine hilflose, halbherzige oder opportunistische, teilweise glühend-überzeugte Selbstgleichschaltung und Anpassung seit 1933 – und Sprangers eigene Position 1932/33 entbehrte nicht ambivalenter Verlautbarungen.

Die Berliner Universität hatte in der Weimarer Republik ihren vormaligen Rang als weltweit ausstrahlendes Exzellenzzentrum eingebüßt, galt aber immer noch als eine bedeutende Hochschule mit glänzenden wissenschaftlichen Leistungen. Was änderte sich in den Jahren seit 1933? Die Berliner Universität war zuvor für eine – politisch wie wissenschaftlich – eher konservative Berufungspolitik bekannt, doch der NS-Ideologie standen die älteren Professoren, die *Geheimräte* noch aus Kaisers Zeiten, zumeist distanziert gegenüber. Anders waren junge Dozenten gesinnt, die von der neuen Regierung einen völkischen Neuaufbruch erhofften und zugleich von der barbarischen Entlassungswelle seit Frühsommer 1933 profitierten – hatten sie sich doch in den letzten Jahren der Republik als eine chancenlose Generation wahrgenommen und rückten nun in Scharen in die freigewordenen Professuren ein. Wie veränderte sich in der Kombination von NS-Ideologie, zentralistischer Hochschulpolitik und Generationenwechsel das wissenschaftliche Profil der Berliner Universität? Wie weit ist 1933 – und dann wieder 1945 – vor allem als Bruch zu bestimmen, wie weit lassen sich 1933 (und wieder 1945) Kontinuitäten beobachten, personell und in der fachwissenschaftlichen Arbeit? Welchem fachwissenschaftlichen Spektrum begegnen wir in diesen zwölf Jahren, welcher Bandbreite von Verhaltensweisen, welchem Verhältnis von anerkannter Forschung nach internationalen Standards und ideologischer Überformung? Lässt sich überhaupt zwischen „schlechter“ und „guter“ Forschung unterscheiden, gemessen an der politisch-ideologischen Kontamination der Wissenschaftler? Wieweit war eine gegenüber politischen Zumutungen resistente Forschung möglich, und wenn, konnte diese im wissenschaftlichen Gehalt nicht auch minderwertig sein, während vielleicht aus ideologischen Antrieben oder Nützlichkeitsabwägungen vor allem für die Kriegspolitik gespeiste Forschungen – für sich genommen – im internationalen Vergleich hohe Anerkennung genossen? Um solche und weitere Fragen geht es in diesem Band, welcher Wissenschaften an der Berliner Universität unter den Rahmenbedingungen einer *braunen Universität* vorstellt, aber damit auch braune Wissenschaften? Je tiefer die Autoren in die einzelnen Fachgebiete eindringen, umso weniger vermochten sie ein einheitliches Bild zu zeichnen. Bestimmte Grundmuster kehren wieder, zugleich aber entsteht ein ungemein buntes und facettenreiches Bild, das die reichen Schattierungen jener Jahre spiegelt, im Wissenschaftsbetrieb und in den Verhaltensweisen der Professoren.

Eine erste Aufsatzgruppe befasst sich mit der Berliner Universitätsmedizin, welche internationalen Ruhm genoss und elendiglich mit der NS-Politik verkoppelt war. Weltberühmte Ärzte wie Ferdinand Sauerbruch und Walter Stoeckel ließen sich politisch in Dienst nehmen, doch bei genauerem Hinsehen ergibt sich ein differenzierteres Bild. Gleichsam den Prototyp des Täters zeichnet *Sabine Schleiermacher* in ihrem Beitrag über den 1933 auf den Lehrstuhl für Hygiene berufenen Heinz Zeiss. Dieser hohe NS-Funktionär formte maßgeblich die Gesundheitspolitik im Zweiten Weltkrieg als wissenschaftliche Legitimation von Deportation, Zwangsumsiedlungen und Vernichtung in Osteuropa, insbesondere im Umfeld des so genannten Generalplan Ost. Aber er war weder fanatischer Ideologe noch skrupelloser Karrierist, vielmehr sah er in der NS-Politik eine Umsetzungschance für seine volkstumpolitischen Ziele, welche er seit dem Ersten Weltkrieg verfolgte. Er brauchte kein Nazi zu werden, weil dieses Regime ihm lediglich eine realpolitische Chance für die Umsetzung seiner lange schon verfolgten wissenschaftlich-politischen Ziele zu bieten schien – die Ent-

grenzung zivilgesellschaftlicher Normen nahm er dabei billigend in Kauf. Bei dem Mediziner Zeiss begegnet im übrigen eine für alle volkstumpolitischen Planungen typische interdisziplinäre Verbundstrategie, wie sie auch bei Soziologen und Historikern, Ökonomen und Juristen, Geographen und Volkskundlern anzutreffen ist.

Welche ethischen Probleme werfen professionell unbedenkliche Verhaltensweisen auf? Dieser Frage geht *Udo Schagen* in seiner Musterung des Anatomen und Gynäkologen Hermann Stieve nach. Würdigungen nach seinem Tod 1952 bescheinigten hohes wissenschaftliches Ansehen und keinerlei Verfehlungen während der NS-Zeit. Stieve war eine Autorität in der Erforschung von Sexualorganen, insbesondere von weiblichem Zyklus, von Gebärmutter und Zellstöcken, und er erhielt in der späten NS-Zeit eine einzigartige Chance für gesicherte Reihenuntersuchungen an massenhaftem „Material“, nämlich durch die Sektion von Hinrichtungsoferten aus Plötzensee. Stieve profitierte von der Entgrenzung staatlichen Handelns, nahm aber für sich in Anspruch, lediglich die zur Verfügung gestellten Organe untersucht zu haben, gemäß einer jahrhundertealten Tradition nach Hinrichtungen. In der Tat gab es keinen ethisch begründeten Kriterienkanon für derartige Forschungen, ein solcher entwickelte sich erst im Anschluss an den Nürnberger Ärzteprozess von 1946.

Erbgesundheit und damit verbunden die Frage einer Sterilisation von defekten Personen war ein Zentralthema der Medizin und insbesondere der Psychiatrie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in zahlreichen Kulturstaaten, auch in der Weimarer Republik. Die NS-Regierung jedoch verfügte 1933 gesetzlich für solche Fälle die Zwangssterilisation. Vor diesem Hintergrund befragt *Thomas Beddies* den Charité-Psychiater Karl Bonhoeffer und seinen unerwünschten Nachfolger Maximian de Crinis. Bonhoeffer, alles andere als ein NS-Sympathisant und Vater des 1945 ermordeten Theologen Dietrich Bonhoeffer, gilt vielen als Lichtgestalt, steht aber im Zentrum einer Kontroverse, inwieweit trotz seiner Ablehnung von Zwangssterilisation das Gesetz von 1933 mit seinen erbbiologischen Vorstellungen korrespondierte. Welchen Pakt mit dem Teufel schloss er durch seine Mitarbeit im Berliner Erbgesundheitsobergericht, was wusste er über selektierende Fragebogenaktionen in seiner eigenen Klinik? Offenbar versuchte er durch aktive Mitwirkung Schlimmeres zu verhindern, wissenschaftliche Standards zu gewährleisten. Das nachdenkliche Fazit von Beddies lautet: Bonhoeffer war „kein Mitläufer und kein Sympathisant der Bewegung, aber er war – als Arzt und bezogen auf die Medizin im NS – ein Mittäter und Wegbereiter.“ Er wurde, „in dem Bemühen, Schlimmeres zu verhindern, selbst Teil des Schlimmen.“ Ganz anders sein gegen den Widerstand der Fakultät und hinhaltendes Taktieren Bonhoeffers berufener Nachfolger de Crinis, ein fanatischer Antisemit, der bereits 1931 in Österreich Parteigenosse wurde und extrem ehrgeizig eine wissenschaftliche Karriere in Deutschland anstrebte. Wieweit er aktiv an den Krankenermordungen im Zweiten Weltkrieg beteiligt war, lässt sich aufgrund der schlechten Quellenlage kaum bestimmen, aber mit Sicherheit war er aufgrund seiner Position umfassend informiert.

Mit den Berliner Agrarökonomen während der NS-Zeit befasst sich der Beitrag von *Karl-Heinz Noack* und *Steffen Rückl*. 1934 war die traditionsreiche und forschungsstarke Landwirtschaftliche Hochschule in die Berliner Universität eingegliedert worden. Im Zentrum der Untersuchung für die NS-Zeit an der Berliner Universität stehen zwei denkbar konträre Persönlichkeiten: zum einen der wissenschaftlich anerkannte Ökonom Constantin von Dietze, Regimegegner und Anhänger der Beken-

nenden Kirche, nach dem Zweiten Weltkrieg hochgeachtet als Rektor der Universität Freiburg, zum anderen der ebenfalls wissenschaftlich hochgeachtete Konrad Meyer, der in der Bundesrepublik seine Karriere in Hannover fortführte und für die UNESCO bevölkerungspolitische Szenarien in Entwicklungsländern entwarf, dessen Name aber zugleich die wissenschaftliche Durchführungsexpertise des von SS-Reichsführer Heinrich Himmler in Auftrag gegebenen Generalplan Ost zur Schaffung menschenfreier Räume in Osteuropa zum Zweck germanischer Ansiedlung unter der Voraussetzung einer Deportation von Millionen einheimischer Bevölkerung bezeichnet.

Zwei Fakultäten haben in der langen Geschichte der deutschen – und eben auch der Berliner – Universität ihren Charakter am wenigsten verändert, die Theologische und die Juristische (Der Vortrag über die Berliner Jura-Fakultät in der NS-Zeit lag für den Druck leider nicht vor). Das schwierige Bild einer mehr lavierenden denn glaubensstarken Theologischen Fakultät zeichnet *Hartmut Ludwig*. Relativ aufrecht verhielt sie sich bis Mai 1933 unter dem Dekanat des liberalen Adolf Deissmann, auch wenn zahlreiche Nachwuchswissenschaftler bereits mit der NS-Bewegung sympathisierten oder ihr schon angehörten, eine für die Universität insgesamt typische Situation. Doch der „Tag von Potsdam“ führte auch etliche Ordinarien näher an das neue System heran, Proteste gegen Entlassungen gab es nicht. Unter dem Dekanat des nationalkonservativen Erich Seeberg bis Mai 1935 taktierten die Theologen mit den Ministerien, passten sich zunehmend an. Bereits im Mai 1933 kommentierte Seeberg Karl Barths Schrift „Theologische Existenz heute!“: Barth zeige zwar, „dass für uns nichts gilt wie Gott und sein Wort“, doch „er verstärkt die Isolierung der Theologie“, was dazu führe, „dass man um der Reinheit der Theologie willen auf ihre Wirksamkeit verzichtet“. Trotz seiner guten Beziehungen zur Regierung wurde Seeberg 1935 gestürzt, seine Nachfolger Johannes Witte und Arnold Stolzenberg exekutierten den Schulterchluss mit den „Deutschen Christen“, während die Bekennende Kirche im Gegenzug eine Kirchliche Hochschule errichtete. Doch auch Seeberg hielt immer an einem Primat der Theologischen Fakultät als einer staatlichen Einrichtung fest, mit gravierenden Folgen auch in der Frequenz, welche von 908 im Winter 1932/33 auf 46 Anfang 1941 schrumpfte.

Die Philosophische Fakultät besaß unter dem Namen Artisten-Fakultät in der alt-europäischen Universität minderen Rang als propädeutisches Durchgangsstadium zu den drei „oberen“ Fakultäten Theologie, Jura und Medizin. Das änderte sich dramatisch im Verlauf des 19. Jahrhunderts, nachdem sie in den Reformdiskussionen um 1800 von Immanuel Kant bis Wilhelm von Humboldt an die Spitze rückte, da sie im Unterschied zu den für konkrete Berufe ausbildenden drei anderen Fakultäten, frei von Nützlichkeitsabwägungen, allein auf Erkenntnis und Wahrheit ziele. Unter ihrem Dach waren sämtliche Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften versammelt, sie expandierte in ständiger Ausdifferenzierung am stärksten und wuchs zur größten Fakultät an. Naturgemäß kann in diesem Band nur eine kleine Auswahl der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachgebiete für die NS-Zeit präsentiert werden (die beiden Vorträge zu Chemie und Biologie standen für den Druck leider nicht zur Verfügung).

In seinem Beitrag zur Geschichtswissenschaft markiert *Willi Oberkrome* mit dem Privatdozenten Kleo Pleyer eine Scharnierfigur für Kontinuitäten vor und nach 1933. Methodisch gesicherte Standards in diesem traditionsreichen Fach erleichterten wissenschaftliche Kontinuität, welche tendenziell methodische Qualität und Quellenar-

beit über ideologische Zuverlässigkeit stellte, aber gerade dadurch eine relativ unauffällige Annäherung an die Weltanschauung und bevorzugte Themen des NS-Systems begünstigte. Dies wurde durch eine andere Kontinuität erleichtert, da historische Begründungen für eine Revision von Versailles bereits in der gesamten Weimarer Republik auf der Tagesordnung standen, antisemitische Stereotypen im Lehrkörper schon lange Fuß gefasst hatten, und da jüngere Historiker um 1930 radikalnational-völkische Fragestellungen – in Abgrenzung von vormaliger Konzentration auf Staaten – bevorzugten, welche methodisch innovativ in interdisziplinären Verbundprojekten bearbeitet wurden, zugleich mit eindeutig ideologischen Prämissen. Nahtlose Gleichschaltung traf indes nicht zu, sorgfältiges Hinsehen lässt Schattierungen erkennen, sei es in leisen Tönen wie bei den etablierten Historikern Hartung und Schübler, oder in einem Methodenpluralismus, der die schon vor 1933 entwickelte, vom NS-System dann bevorzugte Kulturraumforschung als einen Schwerpunkt neben anderen gelten ließ. Andererseits fasste das SS-Geschichtsbild mit seiner Betonung von „Landvolk“ und von Auslandswissenschaft seit Mitte der dreißiger Jahre auch unter den Berliner Universitätshistorikern Fuß.

Eine besondere Rolle innerhalb der historischen Disziplinen nahm die noch junge, von *Achim Leube* gemusterte Ur- und Frühgeschichte ein, als Schnittstelle von geistes- und naturwissenschaftlichen Verfahren, von Fachdisziplin und massenhafter Laienbewegung und als offenes Einfallstor für deutschümelnd-germanische Ideologeme, repräsentiert durch den ersten, 1902 berufenen Ordinarius an der Berliner Universität, Gustav Kossinna. Stärker noch als die an schriftlichen Quellen orientierte Geschichtswissenschaft avancierte diese ideologisch mühelos anschlussfähige und interdisziplinär grundierte (in Verbindung mit Rassenkunde, Volkskunde etc.) „Spaltenwissenschaft“ zu einem Lieblingskind der NS-Geschichtsideologen, geriet damit freilich auch in Grabenkämpfe zwischen Himmlers „Ahnenerbe“ und dem Amt Rosenberg, wie der Kossinna-Nachfolger und Rosenberg-Protegé Hans Reinert leidvoll erfuhr.

Ebenfalls jung und zudem mit der Ur- und Frühgeschichte sowie mit anderen Disziplinen mannigfach verknüpft galt die von *Leonore Scholze-Irritz* vorgeführte Volkskunde als ein Paradebeispiel völkischer Wissenschaft, deren nostalgisch-ideologische Wurzeln weit ins 19. Jahrhundert zurück reichten. Gerade dieses Fach suchte gemäß Adolf Spamer (1883-1953), dem ersten Berliner Lehrstuhlinhaber, Funken aus den als „allgemeine Zeitkrise“ aufgefassten Zuständen nach dem Ersten Weltkrieg zu schlagen. Der Akzent lag auf „Volkstum“, und eine NS-kompatible rassische Unterfütterung fiel dann nicht schwer.

Mochte bei den historischen und volkskundlichen Fachgebieten eine Instrumentalisierung zugunsten der nationalsozialistischen Weltanschauung nahe liegen, so war dies bei Wissenschaften, die sich mit der ästhetischen Kultur befassten, weniger zu vermuten. Doch die folgenden beiden Beiträge zeichnen ein anderes Bild. *Burkhard Meischein* konzentriert sich für die Musikwissenschaft auf die langwierige Nachfolge des 1941 verstorbenen Arnold Schering, die sich bis 1946 hinzog. Besonders aufschlussreich erscheint eine Stellungnahme des Gaudozentenführers Willi Willing 1941 zu einer Dreierliste, in der er sich auf den wissenschaftlich bestqualifizierten Friedrich Blume konzentriert: die Wiederbesetzung des Lehrstuhls biete die Chance, „den heute maßgeblichen kulturpolitischen Grundsätzen verstärkt Geltung zu ver-

schaffen“, was bei Blume aber nicht zu erwarten sei, dessen „Hauptleistung auf dem Gebiet der evangelischen Kirchenmusik liegt“. Willing fährt fort: „umso merkwürdiger muß es berühren, wenn derselbe Autor sich jetzt plötzlich als weltanschaulicher Prophet mit dem Rasseproblem in der Musik (...) befaßt“.

Neue Akzente setzt *Sabine Arend* für die Berliner Kunstgeschichte, welche zu Beginn des 20. Jahrhunderts als „Olymp“ des Faches in Deutschland galt, personell ungewöhnlich gut ausgestattet blieb und insbesondere von der Zusammenarbeit mit den Berliner Museen profitierte. Eine Untersuchung des Lehrangebots in der NS-Zeit lässt ein breites Themenspektrum zu europäischer und außereuropäischer Kunst erkennen, keineswegs eine Verengung auf deutsche Kunst, daneben seit Winter 1937 regionale Schwerpunkte in Verbindung mit dem neuen Provinzialinstitut für Brandenburgische Landes- und Volkskunde in Verbindung mit dem „Grenzlandkampf“ im Osten. Dieser Befund scheint eine bisherige Sichtweise zu stärken, wonach zwar der 1935 von München nach Berlin berufene Nationalsozialist Wilhelm Pinder mit seiner Überbetonung des Nationalen und des Biologischen, mit seiner „Physiognomie deutschen Formcharakters“ und seiner am Mittelalter geschulten Hoffnung auf einen neuen Stil als Vereinigung von Gemeinschaft zur Form, die Berliner Kunstgeschichte erheblich belastete, während sein Kollege Albert Erich Brinckmann ein Gegengewicht mit breiten gesamteuropäischen Lehrangeboten bildete. Tatsächlich aber war Brinckmann bereits seit März 1933 Mitglied der NSDAP und betrieb eine harte antisemitische Personalpolitik. Eine genauere Sichtung des Lehrangebots ergibt denn auch, dass Pinder sich auf die deutsche Kunst selbst konzentrierte, während Brinckmann im europäischen Vergleich eine besondere Stellung deutscher Kunst zu verorten suchte.

Die folgenden beiden Beiträge zu Philosophie und Pädagogik sind eng miteinander verflochten, da Philosophie zu jener Zeit noch Pädagogik und Psychologie einschloss. Für die drei Ordinarien stellt *Reinhard Mehring* eine von NS-Ideologemen nicht kontaminierte Kontinuität fest, allerdings galt für die Psychologie eine besondere Situation, denn Wolfgang Köhler legte 1933 aus Protest gegen die Entwicklung seinen Lehrstuhl nieder – ein äußerst unübliches Verhalten! – und die überwiegend jüdischen jüngeren Dozenten wurden entlassen. Damit brach die bedeutende Berliner Schule der Gestaltpsychologie zusammen. Der Philosoph Nicolai Hartmann überstand die gesamte NS-Zeit ungefährdet in demonstrativ apolitischer Haltung, begünstigt durch offensichtliches Desinteresse des Regimes an der Universitätsphilosophie. Auch der Pädagoge Spranger, ein „Geheimrat-Typ“ noch des Kaiserreichs in der geistigen Tradition Goethes und Humboldts, blieb – trotz seiner Mitgliedschaft in der Mittwochs-Gesellschaft – bis 1945 unbehelligt und leitete die Berliner Universität dann als erster Nachkriegsrektor, hatte sich allerdings 1932/33 durchaus zweideutig gegenüber der neuen Zeit verhalten.

Das beleuchtet eingehender *Klaus-Peter Horn* in seinem Beitrag zur Erziehungswissenschaft, der gleichwohl Sprangers aufrechte Gesinnung betont. Als neben ihm 1933 der NS-Pädagoge Alfred Baeumler auf einen neuen Lehrstuhl für politische Pädagogik oktroyiert wurde, reichte Spranger seine Entlassung ein, die er allerdings wegen drohenden Pensionsverlustes wieder zurückzog. Wohl lassen sich in den folgenden Jahren Gemeinsamkeiten zwischen Spranger und Baeumler in ihrem Verständnis einer notwendigen Wechselwirkung von Politik und Wissenschaft aufzeigen, doch überwogen die Differenzen: Für Baeumler erfüllte die Erziehung lediglich Hilfs-

funktionen für die Politik, während Spranger die Politik als einen von mehreren Kulturbereichen neben Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und eben auch Pädagogik wahrnahm.

Scharf abzugrenzen von der allgemeinen Pädagogik ist die von *Werner Brill* untersuchte, eine ganz andere Kontinuität von der Weimarer Republik in den NS-Staat belegende Sonderpädagogik. Denn schon in den 1920er Jahren erfolgte die Hilfsschullehrerausbildung im Zeichen von Rassehygiene und Minderwertigkeitsdiskursen. So standen hier schon die drei Stereotypen bereit, „die im Nationalsozialismus früh tragende Funktion in der Diskussion um Sinn und Zweck der ‚Sonderschule‘ ausübten“: Hilfsschulen als „eugenisches Sammelbecken“, als Entlastung für die Volksschulen und als „Brauchbarmachung“ der Hilfsschüler“. Der NS-Staat stellte früh schon gesetzliche Regelungen bereit, vornehmlich mit dem am 14. Juli 1933 erlassenen „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das die im Staat von Weimar breit diskutierte freiwillige Sterilisation Erbkranker in Zwangssterilisation überführte. Herbst 1939 fiel dann die Entscheidung für die „Euthanasie“-Morde der folgenden Jahre. Maßgeblichen Anteil an der Ausbildung der Hilfsschullehrer an der Berliner Universität hatten denn auch die führenden Rassenanthropologen Eugen Fischer und Fritz Lenz.

Demgegenüber mochte die im Nationalsozialismus intensiv geförderte, aber auf alte humanistische Wurzeln zurückgehende Sportidee als unpolitisch erscheinen. Das von *Elk Franke* gezeichnete Bild zeigt indes komplexe Ambivalenzen, wenn „unterhalb der Ebene organisierter Gleichschaltung eine gesellschaftliche Wertverschiebung stattfand“. Die menschenverachtende NS-Ideologie war zugleich „Triebfeder für die Konstituierung einer autonomen, gesellschaftlich anerkannten Sportidee.“ Wiederum spielte Alfred Baeumler eine maßgebliche Rolle, der sich 1930 für „politische Leibeserziehung“ einsetzte und 1934/37 das zweibändige Standardwerk „Sport und Staat“ publizierte. Auf Verflechtungen zwischen Politik und Sport auch nach 1945 weist Franke in einem Ausblick hin und brandmarkt in der Sportwissenschaft anhaltende Stilisierungen eines „unpolitischen Sports“ als „Selbstbetrug“.

Die beiden letzten Beiträge dieses Bandes mustern mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen, bezogen auf das jeweilige Verhaltens- und Wissenschaftsprofil, philologische Disziplinen an der Berliner Universität in der NS-Zeit. Am Beispiel der Germanistik untersucht *Wolfgang Höppner* die Verengung der traditionsreichen, international ausstrahlenden deutschen Nationalphilologie zu einer „deutschen Wissenschaft“. Allerdings greift eine Reduktion auf Gleichschaltung und politische Instrumentalisierung zu kurz. Sicher haben führende Fachvertreter wie Arthur Hübner und Julius Petersen 1933 das neue System und seine ideologisch-politischen Ziele mit starker Sympathie begrüßt, doch eine spezifisch deutsche Ordinarienhegemonie sowie ein Beharren auf tradierten wissenschaftsmethodologischen Standards bewirkten Kontinuitätsmuster über 1933 hinaus, welche einerseits national-völkische Penetration begünstigten, andererseits konsterniert auf politisch-ideologische Vereinnahmungsversuche reagierten. Das wird unter dem Stichwort Sozialsystem an der Frage eines Wandels personal-institutioneller Interaktion, unter dem Stichwort Textsystem in Bezug auf die methodisch-thematischen Bedingungen von Wissenschaftswandel diskutiert. Die strukturelle Binnengliederung des auf der Ordinarienhierarchie ruhenden Germanischen Seminars hat sich in der NS-Zeit kaum verändert, geprägt durch

traditionsstolze und interessengeleitete Beharrung, nicht durch politische Widerständigkeit. Die anfängliche Selbstanpassung der Ordinarien wich einer auf Kontinuitätswahrung setzenden Desillusionierung. Für das Fach selbst hielt der neue Staat keine originären Konzepte bereit, vielmehr setzten sich die Frontlinien der Weimarer Republik zwischen philologischer und geistesgeschichtlicher Methode fort, wobei vor allem semantische Anpassungsleistungen für eine Unterstützung durch die neuen Machthaber warben, welche mit rhetorischem Geschick in die innerwissenschaftlichen Kontroversen eingespannt wurden. Etwas überspitzt ließe sich von einer Instrumentalisierung der Politik im Machtkampf methodischer Positionen an Stelle einer Gleichschaltung der Wissenschaften sprechen, wie dies bereits auch bei der Ur- und Frühgeschichte oder den Historikern zu beobachten war. Im Mittelpunkt stand *the state of the art*, das gewährleisteteste fachwissenschaftliche Reputation über 1933 und über 1945 hinaus. Ideologische Anpassung im Vokabular, in den Vor- und Nachworten ließ sich dann leicht austauschen. Bezeichnenderweise ergaben sich Konflikte im Germanischen Seminar, als mit dem 1935 berufenen Franz Koch erstmals ein Vertreter der seit 1910 in den Vordergrund tretenden geistesgeschichtlichen Richtung zugleich eine dezidiert rassekundliche Literaturbetrachtung vertrat.

Ein ganz anderes Bild bietet die von *Marie-Luise Bott* analysierte Berliner Slavistik. Sie stand im Windschatten der bevorzugten Germanistik, aber auch der fast gleichstarken Anglistik, da Englisch die einzige Pflichtfremdsprache im NS-System war. Doch während diese Philologien, wie auch die Romanistik, von genuin deutschen Professoren vertreten wurde, hatten sich für die Slavistik slavische oder „volksdeutsche“ Professoren aus dem slavischen Raum bis weit in die Zwischenkriegszeit hinein etabliert. War die Slavistik eine randständige, dem politischen Gestaltungsinteresse der Nationalsozialisten entzogene Nische? Der Befund von Frau Bott lautet anders: Die Berliner Slavistik war das bedeutendste einschlägige Forschungszentrum in Deutschland, und der Berliner Ordinarius Max Vasmer verkörperte eine einzigartig widerständige Zivilcourage gegen NS-Zumutungen, welche im nachhinein von der Fachgeschichte in Ost wie in West zur Generalentschuldung der Disziplin in der NS-Zeit stilisiert wurde. Davon kann indes keine Rede sein, Vasmer verkörpert für seine Disziplin wie für die Berliner Universität eines der ganz seltenen Beispiele widerständigen Verhaltens. Aufrechtes Verhalten verband er mit listiger Nutzung klarsichtig erkannter politischer Gegebenheiten seit 1933. Nüchtern erkannte er die politische Konnotation von Ressourcenmobilisierung, sprach indes von „unserer“ statt von „deutscher“ Slavistik. Er setzte sich für die Promotion eines litauischen jüdischen Studenten ein und erregte den Zorn des Reichserziehungsministeriums in der Ablehnung einer US-amerikanischen Gasprofessur. Mit listiger Vorsicht auf Selbstschutz bedacht, überstand Vasmer souverän wissenschaftliche und politische Zumutungen – ein ungewöhnliches Beispiel an der Berliner Universität nach 1933.

Überblickt man die Beiträge insgesamt, dann ergibt sich ein vielfältiges Bild, in dem sich die Berliner Universität grundsätzlich nicht von anderen deutschen Universitäten unterscheidet. Widerstand war hier wie anderswo die Ausnahme. Professoren als „Täter“ finden sich häufiger, wohl weniger wegen einer entsprechenden Disposition der Professoren, sondern wegen der engen räumlichen Anbindung an die Zentren der Macht.